

# Landes-Anzeiger

mit „Chemnitzer Stadt-Anzeiger“.

Unparteiische tägliche Zeitung für Sachsen und Thüringen.

Berlag: Alexander Biede, Buchdruckerei, Chemnitz.

Preisblätter: Täglich ein Unterhaltungsblatt und humoristisch illustriertes Sonntagsblatt „Lustiges Bilderbuch“.

### Amliche Bekanntmachungen sächsischer Behörden.

Die hiesige Feuerwehre bedarf in den nächsten Tagen eine Hauptübung zu veranstalten und sollen hierbei die Alarmglocken gelassen werden, wozu die hiesige Einwohnerzahl in Kenntnis gesetzt wird. Chemnitz, den 15. September 1886. Der Gemeindevorstand. Rasche.

### Telegraphische Nachrichten.

Bonn 15. September.

Strasburg. Prinz Wilhelm und der Großherzog von Baden begaben sich bereits früh um 7 Uhr 50 Minuten auf das Wanderverkehr bei Detmold. Der Kronprinz und der König von Sachsen folgten um 9 1/2 Uhr mittels Eisenbahn. Der Kaiser, von den großen Aufregungen bei den gestrigen Besichtigungen und Empfangen etwas ermüdet, begab sich nicht auf das Wanderverkehr.

Berlin. Ueber das bevorstehende italienische Grünbuch betreffs der bulgarischen Krise bringt ein römischer Brief der Postischen Zeitung interessante Mittheilungen. Das Grünbuch werde darthun, daß Rußland von seinem aggressiven Vorgehen erst abließ, als es sich dem einseitigen Widerstande Italiens und Englands gegen jede Invasion gegenüberstellte. Dasselbe werde ferner Depeschen des Wiener Botschafters Rieger bringen, woraus die Verfassung und Unfähigkeit der österreichischen Politik unmittelbar nach der Enthronung des Fürsten Alexander hervorgehe. Man sei auf dem Balkanstraße über die Haltung des Fürsten Bismarck gegenüber Rußland nicht wenig demüthigt gewesen, bis Graf Kalowit nach der Zusammenkunft des Fürsten Bismarck mit Giers in Berlin offen anfragte, ob man das selbst Rußlands neue Haltung billige oder nicht. Fürst Bismarck habe darauf seine Meinung dahin abgegeben, daß die Abdankung des Fürsten Alexander das einzige Mittel zur Verhinderung einer russischen Invasion und europäischen Verwicklung sei.

Berlin. Die Besatz- und Spionagerel der Branzelei Königsplatz ist durch ein gestern Abend 11 Uhr dort ausgebrochenes Feuer vollständig niedergebrannt. Die Größe des Feuerschadens ist noch unermittelt. Verunglückt ist Niemand.

Triest. In den letzten 24 Stunden wurden an Cholerafällen constatirt: In Jofa 2, in Ragusa 13, in Rosano 1, in Statizza 6, in Rapa 7, in Orefa 1.

Petersburg. Gestern Vormittag war in der Nähe von Brest-Litowsk vor dem Kaiserpaar Parade der Wandervertruppen, nachmittags in dem Blücherpark Fort Jagd, woran Bladimir, Nikolai jr., Woronow-Dolgow, General Werder und Andere theilnahmen. Der Thronfolger und dessen Bruder Georg, Nikolai son., Prinz Oldenburg, Wamowski und Giers trafen nachmittags auf dem Peterhof ab.

Petersburg. Oeffentliche Blätter melden, daß drei englische Kriegsschiffe zweiter Reserve heimlich unter der Handelsflagge durch die Dardanellen gefahren und unter der Kriegsflagge auf der Höhe von Odeffa vor Anker gegangen sein. Unter den Schiffen befände sich die „City of Manchester“, welche mit zwei Kanonen armirt ist. Drei Drittel der Mannschaft und der Capitän gehörten zur englischen Kriegsmarine. Die hiesigen Blätter verlangen die Entsendung der Schiffe aus dem Schwarzem Meere.

Madrid. Es verläutet, der Herzog von Sevilla, welcher in Madras internirt war, sei auf einem nach Cetta segelnden französischen Kaufschiffe entflohen.

Casablanca. Gestern langte in Gattaro aus Hamburg ein deutscher Dampfer an, welcher mit Waffen und Munition für Montenegro beladen ist.

Rußland. Die heute hier ausgegebene Nummer des Journals Slavojin, welche die Geschichte der Enthronung, der Abdankung und der Abreise des Fürsten Alexander enthält, ist mit einem Transtrande versehen.

Sophia. Drei höhere Offiziere, darunter Mikschow, demissionirten infolge der Besatzung, an der Besatzung theilgenommen zu haben. Die unmittelbaren Regimenter marschirten heute nach Philippopolis; die Bevölkerung verabschiedete sich mit sympathischen Ausdrücken.

Bukarest. Die halbamtliche „Globe roumaine“ bemerkt die von den oppositionellen Blättern verbreiteten Gerüchte, wonach zwischen Rumänien, Bulgarien und Serbien eine Union hergestellt sei, nach der der König von Serbien auf den bulgarischen Thron erhoben werden soll.

### Eine Wendung.

Chemnitz, den 16. September.

Als die „Korddenische Allgemeine Zeitung“ die bevorstehende Vernehmung des Deutschen Reiches nach Berlin ankündigt, deutete sie ganz bestimmt an, es werde sich in den Verhandlungen auch eine Debatte über die andauernde Politik abspielen. Diese Ansicht hat sich auch nach bis zum Anfang dieser Woche gehalten und es wurde allgemein angenommen, Fürst Bismarck werde die Gelegenheit benutzen, sich ausführlich über die europäische Lage auszusprechen. Jetzt ist der Kaiser nach Varna gereist, und damit ist sein Erscheinen im Reichstage, wie die Besprechung der andauernden Politik unmöglich geworden, denn eine solche Debatte hätte in Abwesenheit Fürst Bismarck's wenig oder keinen Nutzen. Man muß annehmen, daß der Reichstagler dem Zeitpunkt zu langen Auslassungen auf seinem eigenen Gebiete nicht für passend erachtet. Es läßt sich eben nicht erwarten, daß jeder Zeit Jedes sagen, am allerwenigsten in einer Angelegenheit, bei welcher ganz Europa in Betracht kommt.

Man kann in der That kaum daran zweifeln, daß in der bulgarischen Frage eine Wendung eingetreten ist. Es ist Rußland gelungen, mit der Entfremdung des Fürsten Alexander aus Bulgarien einen gewaltigen Sieg zu erringen; denn die Abreise des tapferen Vatersbergers öffnet dem russischen Einfluß im Balkan wieder Thür und Thor, und wenn auch hiesige Selbstständigkeitsregungen unter den Bulgaren sich bemerkbar machten, die einheimischen Politiker in Sophia waren und sind nicht imstande, Bulgarien auf der Stelle zu erhalten, was wohl Fürst Alexander es geseht. Das Land muß sich, da die Wiederkehr des Fürsten mehr als unwahrscheinlich ist, schließlich doch an Rußland anlehnen. Die Kaiserämter, besonders Oesterreich, das am meisten interessiert ist, sind offenbar gewillt gewesen, Rußland in Bezug auf Bulgarien große Konzessionen zu machen und namentlich Bezug auf Verleumdung keinen Streit herbeizuführen, aber daß die russischen Pan Slavisten nun sofort sans laque Bulgarien verschlucken

möchten, das hat in Wien, mehr noch in Pest, sehr verstimmt. In Wahrheit sind es die Pan Slavisten, welche in Rußland in Sachen der bulgarischen Frage den treibenden Keil bilden; aber wie hoch diese Deute am Kaiserhofe in Petersburg stehen, beweist die Beteiligung des Wladimirwudens 2. Kl. an den Oberpan Slavisten Ratlow in Moskau. Der ungarische Ministerpräsident Tisza soll sich sehr offen und sehr scharf gegen die russische Politik in Bulgarien ausgesprochen haben, ein Beweis, wie weit die Verstimmung schon gediehen ist.

Es liegt etwas wie ein Nebel über dem, was zwischen den Großmächten jetzt in Sachen Bulgariens verhandelt wird. Feil steht, daß eilige Beratungen stattfinden, die Einzelheiten entziehen sich dagegen jeder Kenntnißnahme. England war es bekanntlich, welches zuerst die diplomatische Aktion gegen Rußland aufnahm; es würde nicht ungerichtet haben, wenn es nicht anderwärts eine gewisse Zustimmung gefunden hätte; denn daß diese Zustimmung vorhanden, lehren die eben mittheilenden Verhandlungen, welche ohnedem keinen Zweck haben würden. Wahrscheinlich handelt es sich darum, Rußland von einem direkten Vorgehen in Bulgarien abzuhalten und die Entscheidung in der Sache der Gemeinschaft der Großmächte zu übertragen. Es ist wohl nicht recht angemessen, daß Rußland sich völlig hartnäckig zeigen wird; es hat so viel gewonnen, daß es ruhig warten kann, bis ihm der Rest in den Schooß fällt. Es wird so voraussichtlich dem europäischen Kreuzweg gelingen, sich über einen neuen Bulgarenfürsten zu einigen, der dann der Nationalversammlung in Sophia zur Wahl präsentirt werden wird. Eins müssen wir aber, wenn solchergestalt ein vorläufiger Abschluß der bulgarischen Wirren erfolgt, immer im Auge behalten: Wenn es dem russischen Einfluß und dem Adel gelungen ist, einen Alexander Battenberg zu besetzen, dann ist überhaupt kein Fürst mehr sicher auf dem Thron in Sophia. Bulgarien kann aus den russischen Ketten nicht mehr los, mag Rußland auch scheinbar nachgeben.

### Politische Rundschau.

Chemnitz, den 16. September.

Deutsches Reich. Heute Donnerstag erfolgt die Reichstagsöffnung. Manchem Reichstagen mag die plötzliche Einberufung nach Berlin allerdings wenig behagen, aber es läßt sich wohl annehmen, daß sofort ein beschlußfähiges Haus vorhanden sein wird; um so eher kann dann der Beschluß der Arbeiten erfolgen, dem späterst für Sonnabend entgegengelesen wird. Die Vorlage, betreffend die Verlängerung des Handelsvertrages mit Spanien, ist dem Hause bereits zugewandt. — Der Reichstag besteht gegenwärtig aus 74 Deutschconservativen, 27 Freiconservativen, 107 Centrumsleuten, 10 Polen, 50 Nationalliberalen, 65 Deutschfreisinnigen, 7 Volksparteilern, 25 Socialdemokraten, 24 Wilden.

— Eisenwerk Bernheim zufolge ist der Staatssecretär Graf Herbert Bismarck zum preussischen Bevollmächtigten im Bundesrat ernannt worden.

— Die Verlängerung des deutsch-spanischen Handelsvertrages erfolgt nach den Protokollen der Bundesratssitzung, ohne jede Modification. Diese Angabe mag bezüglich der Fassung des Vertrages von 1883 volle Geltung haben; aber thatsächlich ist fast gleichzeitig mit dem auf die Vertragsverlängerung bezüglichen Abkommen eine wichtige Veränderung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Spanien durch den neuen englisch-spanischen Vertrag eingetreten. Seit einer Reihe von Jahren hat England, welches an der Versorgung des spanischen Marktes seit langer Zeit vielfach, besonders in den Erzeugnissen der Metall- und Textilindustrie, einen hervorragenden Antheil hatte, nicht zu einem neuen Vertragsverhältnis mit Spanien gelangen können. Nach dem Abschluß des Vertrages mit Frankreich im Jahre 1882, der für einen großen Theil des spanischen Zolltarifs Veränderungen oder Bindungen der früheren Höhe einschloß, hat Spanien nach mehr oder minder lebhaften Kämpfen mit allen wichtigen europäischen Handelsstaaten neue Verträge vereinbart; nur England blieb ausgeschlossen, weil die englische Regierung in die von der spanischen Regierung gleich anfangs gestellte und hartnäckig festgehaltene Forderung einer beträchtlichen Herabsetzung der englischen Zölle auf spanische, d. h. fast alkoholfreie Weine nicht willigen wollte. Die Folge war, daß auf die englischen Waaren die bedeutend höheren Sätze des spanischen Generalzolls Anwendung fanden, während die Erzeugnisse der wichtigsten Concurrenzländer, namentlich also Frankreichs, Deutschlands, Belgiens und der Schweiz, zu den fast durchweg weit geringeren Sätzen des Conventionalzolls oder gar völlig zollfrei eingeht konnten. Dem englischen Export nach Spanien wurde auf diese Weise ein sehr empfindlicher Schlag zugefügt, während umgekehrt für die Industrien der mit Spanien in einem Vertragsverhältnis stehenden Länder gerade aus dieser Sache ein besonderes Vortheil gegenüber der englischen Concurrenz erwuchs. Dieser anzuahnswürdigen Lage, in welcher die deutschen Exportindustrien in den letzten Jahren absetzen konnten und in steigendem Umfange abgesetzt haben, ist nun aber durch die endlich zu Stande gekommene handelspolitische Verständigung zwischen England und Spanien gerade in jüngster Zeit ein Ende gemacht worden. Dasselbe Gesetz, welches die spanische Regierung zur Verlängerung der im Jahre 1887 abzulaufenden Handelsverträge und somit auch des Vertrages mit Deutschland ermächtigt, hat derselben auch Vollmacht gegeben, England auf Grund der vorher vereinbarten Bedingungen das Recht der meistbegünstigten Nation zuzugestehen. England hat sich gegen diese Billateralitäten zu einer Ermäßigung der Zölle auf spanische Weine bereit erklärt und auf Grund dieser Vereinbarung gehen bereits seit dem 15. August dieses Jahres die englischen Waaren zu denselben erleichterten Bedingungen in Spanien ein, wie die Waaren der früher vorzugsweise begünstigten Staaten. Es kann nicht angedeutet, daß die auf diese Weise neu gestiftete englische Industrie den concurrenzenden Industrien der übrigen Länder das Leben schwer zu machen suchen wird. In manchen deutschen Industriezweigen mocht man sich denn auch bereits auf eine Einschränkung des Exports nach Spanien setzen, und in anderen Ländern steht man die Sache ähnlich an. So bemerkt z. B. der vom Schweizerischen Handels- und Industrieverein vor einiger Zeit herausgegebene Jahresbericht: „Nicht minder bedauerlich ist eine weitere Schwächung des Schweizerischen Exports, welche er durch den bevorstehenden Abschluß der Handelsconvention Spaniens mit England erleiden muß.“ Für die hiermit mit einer gewissen Sicherheit zu

erwartende Verschlechterung der deutschen Absatzverhältnisse auf dem spanischen Markte ist selbstverständlich die deutsche Regierung nicht verantwortlich zu machen. Die deutsche Exportindustrie hat sich dort einige Jahre hindurch betriebslos der Zollverhältnisse einer besonders begünstigten Position zu erfreuen gehabt und unter dem Schutze dieser ansichtslosigen Zollbegünstigungen ihren Absatz erweitert. Diese Position geht nun jetzt ab verloren durch eine neue Abmachung mit einem dritten Lande, welche von Deutschland weder gefördert noch gehemmt werden konnte. Wohl aber ergibt sich aus allen diesen Vorgängen mit überzeugender Klarheit, welche Steigerung der Konkurrenz in den internationalen Verkehrsbeziehungen dadurch herbeigeführt wird, daß zeitweilig in das System der Zollbegünstigung eine Lücke gerissen wird, welche nach einiger Zeit durch einen neuen Vertrag doch wieder geschlossen wird. Die jetzt mit Spanien gemachte Verständigung zeigt deshalb auf's Neue, wie sehr auf großen Export angewiesene Staaten ein hervorragendes Interesse nicht nur an einem unmittelbaren Vertrage mit diesem oder jenem Staate, sondern auch an der Erhaltung einer möglichst allgemeinen frieblichen handelspolitischen Entwicklung besitzt, wenn er seinen exportirenden Gewerbezweigen wirklich feste, zuverlässige Grundlagen für den Absatz nach dem Auslande verschaffen will.

— Wenn auch der Beschluß der Strafschlichtung des Justiztages im Sinne der Aufhebung der Schwurgerichte die Zustimmung des Plenums nicht gefunden hat, so läßt sich doch die conservative Verthe die Gelegenheit nicht entgehen, an der Hand des Sectionsbeschlusses die baldige Beseitigung der Schwurgerichte anzukündigen, auch unter Berufung auf Herrn Dr. Gneist, der zwar die sofortige Beseitigung der Schwurgerichte nicht befürwortete, gleichwohl aber voraussetzte, daß die Schwurgerichte den großen Schöffengerichten des Reichsgerichts Platz machen würden. Wenn die „Post“ daran erinnert, daß bei der Beseitigung der Justizgerichte die Reichsgerichte großen Schöffengerichte beseitigt worden seien, so verleiht sie zu erwidern, daß schon im Bundesrat das Bestehen an den Schwurgerichten beschloffen worden war. Daß die süddeutschen Regierungen sich auch jetzt noch nicht für die Beseitigung der Schwurgerichte entschieden haben, ist aus den Verhandlungen des Bundesrats über die bekannte Resolution zu den Justizgesetzen ersichtlich geworden, welche demselben Beschlusse des Reichstages, namentlich auf dem platten Lande, eine Verminderung der Zahl der Geschworenen (von 12 auf 7) bezweckte. Es bedurfte damals, wie erinnerlich, der directen Intervention des Reichstages, um die Majorität des Bundesrats für die abgeschwächten preussischen Vorschläge zu gewinnen. Unter diesen Umständen wird es mit der Beseitigung der Schwurgerichte eine Weile Zeit haben. Vorläufig gehen die Gegner der Schwurgerichte ihrer Befriedigung darüber froh, daß das Plenum des Justiztages, wenn auch mit schwacher Majorität, die Revisionsbedürftigkeit der Justifikation der Schwurgerichte zugestanden hat. „In den mannigfachen Punkten“, schreibt die „Post“, „in denen die bestehenden Vorschläge als revisionsbedürftig bereits in Frage gestellt sind, tritt das Institut der Geschworenen gerichte.“ Bisher wird demnach die Resolution von 1884, welche damals im Reichstage gar nicht einmal zur Berathung kam, ihre Ausfertigung feiern, und es wird sich ja dann zeigen, ob wirklich im Reichstage eine Majorität für eine Reform der Schwurgerichte vorhanden ist, welche der Natur der Sache nach nur der erste Schritt zu völliger Beseitigung derselben sein würde.

— Der aus Berlin ausgewiesene Abg. Singer ist zur Theilnahme an den Reichstagsverhandlungen in aller Stille dorthin zurückgekehrt.

— Der „Danz. Bzg.“ zufolge ist ein seit 36 Jahren in Preußen wohnhafter Handelsmann Jacob Lewin aus Antwerpen ausgewiesen, an der Maßregel wird festgehalten, trotzdem Lewin, von allen Mitteln entblößt, nicht einmal Respekt hat.

Oesterreich-Ungarn. Der Toast, welchen Kaiser Franz Joseph am Geburtstage des Jaren auf diesen ausgesprochen, ist in einem hochpolitischen Ereigniß gestempelt, was er aber gar nicht ist; solche Toaste sind einfache Höflichkeiten und haben stets satzungsmäßig die Freundschaft zwischen Rußland und Oesterreich als im Gegenseitigen durch den bulgarischen Zwischenfall ein Loch bekommen, und besonders die ungarischen Minister sind sehr verstimmt.

Frankreich. Die Verhandlungen zwischen dem Papst und Frankreich wegen Entsendung eines Nuntius nach Peking dauern immer noch fort. Die Angelegenheit schien vorige Woche glücklich beigelegt zu sein, da der Papst auf das Verlangen der französischen Regierung erklärte, er werde nur provisorisch einen Vertreter nach Peking schicken. Hinterher hat aber die französische Regierung dem Wortlaut der päpstlichen Note bemängelt, und sie verlangt eine präzisere Fassung. Speciel hat man von Paris aus die Forderung gestellt, daß der päpstliche Vertreter keine diplomatische Mission irgend welcher Art habe, daß er unbedingt unter dem französischen Gesandten stehe und in all' seinem Thun von ihm abhängig, und endlich, daß eine definitive Regelung der Angelegenheit in Einvernehmen mit Frankreich erfolgen müsse. Man glaubt nicht, daß der Papst darauf eingehen werde. Jedenfalls soll aber die Entsendung eines päpstlichen Vertreters möglichst schnell erfolgen, da die letzten Christenmischeleien wieder bewiesen haben, wie notwendig die Anwesenheit eines solchen ist.

Italien. 1500 Mann italienischer Truppen sollen nach Massana an der Küste von Algier demnach abgedenkt werden. Die Truppen haben aber nur die Aufgabe, einen Theil der dort befindlichen Mannschaften abzuholen, hingegen nicht die, neue Annecttionen vorzunehmen.

England. Im östlichen Sudan soll nun, nachdem dieser Tage das letzte Bollwerk der vor Suakin stehenden Subanen, Tamal, von den den Engländern befreundeten Stämmen eingenommen ist, die Ruhe völlig hergestellt sein. — Die englischen Commisare an der afghanischen Grenze haben jetzt die Rückreise nach Indien angetreten. — Besonders von Paris wird immer wieder gemeldet, England wolle im Hinblick auf Rußlands Vorgehen in Egypten annectiven; davon hat England nichts auf Kosten. Es heißt sich jetzt viel besser. — Im englischen Unterhause ist die Regierung auf's Neue wegen der bulgarischen Angelegenheit interpellirt. Es ist aber sorgfältig vermieden, auf die schwebenden Unterhandlungen einzugehen, und nur Bekanntes ist mitgetheilt. Man scheint in London auch nicht ganz ohne Besorgniß wegen neuer russischer Machinationen zu sein. Ber-

Inserionspreis: Raum einer kleinen Corpustafel 15 Pfg., Bewegungstafel (1 Spalt, 2 Zeilen) 30 Pfg. Bei Wiederholung großer Annoncen Rabat. Bei Feststellungen von Auswärts wolle man Insetionsbetrag (in Reichsmark) beifügen. Insetionsbetrag in Reichsmark beifügen. Insetrate nehmen außer der Verlags-Expediton die Annoncen-Bureau an.

Expediton und Redaktion: Chemnitz, Theaterstraße Nr. 5. Telegramm-Adr.: Biedel & Kugelger, Chemnitz. Fernsprech-Beleg Nr. 124.